

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Günther Jansen MdB, SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein, mahnt die Deutschen, aus der Geschichte zu lernen: Mit naßforschenden Erklärungen zurückhalten.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB warnt vor einer Erhöhung der Mineralölsteuer: Für Sozialdemokraten ist soziale Ausgewogenheit gefragt.

Seite 3

Richard Scheibe MdL schildert, wie der niedersächsische Ministerpräsident Steuergelder verschlampt: Albrecht als Schloßherr und Biedermann.

Seite 5

Georg Schlaga MdB beleuchtet die finanzielle Lage des Goethe-Instituts: Falsche Sparsamkeit vermeiden.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 20

29. Januar 1982

Aus der Geschichte lernen

Die Deutschen sollten sich mit naßforschenden Erklärungen zurückhalten

Von Günther Jansen MdB
SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein

Gerade die aktuelle Situation, die spürbare Unstabilität in Mitteleuropa durch die Ereignisse in Polen und die Möglichkeiten der politischen Reaktion auf die Zustände in Polen machen den Unterschied zwischen sozialliberaler Friedens- und Entspannungspolitik und der neuen alten "Kriegsmentalität" der Unionsparteien überdeutlich.

Wir Sozialdemokraten werden immer - und eben nicht nur in Polen oder Afghanistan, sondern im Gegensatz zu den Pharisäern in der Union auch in Chile, der Türkei oder El Salvador - die Ersten sein, die gegen die Verletzung der Menschenrechte protestieren und den Unterdrückten in diesen Ländern Hilfe anbieten. Aber wir Sozialdemokraten werden auch nicht die Letzten sein, wenn es darum geht, über eine Politik des Miteinanderredens und der Verhandlungen Spannungen abzubauen.

Helmut Schmidt hat in den letzten Tagen und Wochen eindrucksvoll bewiesen, daß ein sozialdemokratischer Bundeskanzler trotz Widerstand im westlichen Lager eine vernunftbezogene, auf die europäischen Interessen zielende Entspannungspolitik machen kann, ohne den Boden sozialdemokratischer Grundwerte wie Freiheit und Solidarität zu verlassen. Die Vorwürfe von Strauß, Kohl und Stoltenberg gegen Helmut Schmidt strotzen von Zügellosigkeit und Illusionismus. Sie sind zudem von einer tiefenden Heuchelei. Ohne mit der Wimper zu zucken machen sich Kohl, Strauß und Stoltenberg zu Anwälten von gewerkschaftlichen Forderungen und begrüßen die Kampfbereitschaft der polnischen Gewerkschaften, um dann im eigenen Land bei vergleichsweise geringeren Inanspruchnahmen gewerkschaftlicher Rechte durch bundesdeutsche Gewerkschaften als Ankläger aufzutreten. Sie sind für die totale Selbstbestimmung in Polen und laufen bei der Forderung nach der paritätischen Mitbestimmung nach Karlsruhe!

Verantwortlich für den Inhalt:
Helmut G. Schmidt



37. Jahrgang / 20 / 29. Januar 1982

Ein Wort an jene, die glauben die Linke in der Bundesrepublik darauf hinweisen zu müssen, daß der Protest gegen die Zustände in Polen noch lauter und vehementer in die Welt geschrien werden müßte:

Wir Sozialdemokraten haben keine Angst davor, uns mit selbstverständlichen Rufen nach Freiheit und Demokratie heiser zu schreien, aber wir empfinden einen Proteststurm aus dem westlichen Lager gegen praktizierte Unfreiheit im östlichen Lager auch nicht als Meßlatte für Mutproben der Demokraten. Schon gar nicht, wenn die, die jetzt am lautesten schreien, im umgekehrten Fall bisher immer geschwiegen haben oder gar ihrem Zynismus beim Anblick politischer Häftlinge im Stadion von Santiago de Chile freien Lauf gelassen haben.

Die Sonne im KZ-Stadion des von den USA unterstützten Herrn Pinochet läßt uns genauso frieren wie der Frost in den Lagern des von der UdSSR unterstützten Herrn Jaruselski. Insofern ist die politische Moral nicht eine Frage der Geographie oder von lautem oder leisem Protest, sondern sie ist für uns Sozialdemokraten eine Frage der Menschen überall in dieser Welt.

Ich will an dieser Stelle auch ein Wort zu unserem Verhältnis zur USA anfügen: Ich bin nicht nur für die Bündnispartnerschaft, ich bin für eine tiefgreifende Freundschaft zwischen unserem Volk und dem Volk der USA. Aber wir haben das Recht und die Pflicht, unsere Interessen voll wahrzunehmen. Wir müssen der Weltmacht USA - wie auch der Sowjetunion - sagen können, daß wir kein Spielball ihrer Machtinteressen bleiben wollen. Partnerschaft heißt Beteiligung und Freundschaft setzt Vollwertigkeit beider Seiten voraus. Die Bundesrepublik liegt nun einmal nicht auf dem amerikanischen Kontinent, sondern ist Grenzland zum Warschauer Pakt, und wir wollen davon weg, daß beide Großmächte jeweils Ost- oder Westeuropa zum größten Raketen- und Atomwaffenträger der Menschheitsgeschichte degradieren.

Wir sollten nie vergessen, daß es in der Bundesrepublik keine gesamtpolitisch mehrheitsfähige Kraft gibt, die eine bessere Entspannungspolitik umzusetzen in der Lage ist als eine von Sozialdemokraten geführte Regierung. Was wir außenpolitisch brauchen ist Gradlinigkeit in den Grundsätzen und realistisches Handeln. Was wir nicht brauchen ist eine doppelte Moral.

Deshalb registriere ich auch mit Betroffenheit, daß die USA von Boykottmaßnahmen gegen die Sowjetunion reden, uns dazu auffordern und andererseits - wie jetzt in Bonn hinter vorgehaltener Hand zu hören ist - einen Weizenliefervertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen haben, für den im Vertrag Boykottmaßnahmen ausgeschlossen sind; also eine Lieferzusage für zwölf Millionen Tonnen Weizen besteht.

Dazu noch etwas: Niemand von uns hält die Sowjetunion für den Friedensengel dieser Welt. Wir wissen, daß Machtpolitik auch im Kreml groß geschrieben wird und die SS-20-Raketen dem Geist, dem neugewonnenen Vertrauen und der Hoffnung widersprechen, die durch unsere Ostpolitik geschaffen worden waren. Und dennoch wehre ich mich gegen die Vorstellung, daß ein neuer kalter Krieg zwischen den Großmächten in uns Deutschen die Scharfmacher vom Dienst bekommen soll.

Nicht nur, weil ich eine Abrüstungsinitiative, die von uns Deutschen ausgeht, realpolitisch für vernünftig halte, sondern auch, weil wir Deutschen auf Grund unserer Geschichte allen Anlaß haben, uns mit naßforschenden Erklärungen über die Kriegs- und Angriffsbereitschaft anderer Staaten zurückzuhalten. Ich streite gar nicht ab, daß man aus den Schriften Lenins den Eroberungsdrang der Kommunisten herausinterpretieren kann. Aber die Geschichtsbücher muß man nicht interpretieren, um festzustellen, daß in den letzten 70 Jahren wir Deutsche die Sowjetunion zweimal überfallen haben. Deshalb sind wir die letzten, die den Bürgern in Kiew, Leningrad oder Moskau mit Raketen das Vertrauen auf unsere Friedfertigkeit abverlangen dürfen. (-/2 .1.1982/ks/ca)



Mineralölsteuer ist ein Rohrkrepierer

Für Sozialdemokraten ist soziale Ausgewogenheit gefragt

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA)

Keine politische Kraft im deutschen Parlament bestreitet Handlungsbedarf. Die Auseinandersetzung um die Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms ist der Kristallisationspunkt der gesamten Diskussion.

Für die SPD wird deshalb die Finanzierungsart zu einer neuerlichen Auseinandersetzung führen müssen, weil dabei eine zentrale Entscheidung ansteht:

- Sollen die Arbeitnehmer durch erneute Belastungen für die Aufbringung der notwendigen Mittel herangezogen werden, oder
- gibt es Lösungen, die unausweichliche neuerliche Belastungen so ausgewogen erscheinen lassen, daß ein SPD-Programm für SPD-Wähler akzeptabel wird.

Der Vorschlag des Bundesfinanzministers, die Mineralölsteuer zu erhöhen, erscheint unter diesem Gesichtspunkt nicht akzeptabel.

Einerseits darf nicht davon ausgegangen werden, daß die vorjährige Mineralölsteuererhöhung bereits vollendete Vergangenheit im Bewußtsein der breiten Arbeitnehmerschaft wäre. Andererseits sind die Beschlüsse zum Haushalt 1981 und 1982 mit all ihren Auswirkungen frisch in Erinnerung.

Zu einem solchen Zeitpunkt eine Bewertung zu wagen, daß die Mehrbelastung für die Verbraucher "also spürbar, aber wohl nicht unerträglich" sei, läßt mehrere Tatsachen außer acht, die für genau jene Haushalte, für die dieser Satz gedacht ist, Berechnungsgrundlagen und Stimmungsbilder sind.

- Ende Januar geht ein Ruck durch die Arbeitnehmerschaft. Die Lohnabrechnungen berücksichtigen zum erstenmal die neuen Bemessungsgrundlagen der Sozialversicherungsabzüge. Bis zu 57 DM netto werden fehlen.
- Als spürbar zählt der Arbeitnehmer die Veränderungen seines 624-DM-Sparvertrages hinzu.



- Die neuen Belastungen für seine Familie durch Ländergesetzgebung sind für die Arbeitnehmer nicht irgendeine außer acht zu lassende Variante. Erhöhte Fahrgelder für ihre schulpflichtigen Kinder, ein wenig teurerer wird das Lehrmittelkontingent und so weiter.
- Die sowieso bekannte Preissteigerungsrate muß ja wohl berücksichtigt werden dürfen.

Emotional fügt der Arbeitnehmer hinzu:

- Der vernünftige Umgang mit dem Gaspedal - von Sozialdemokraten propagiert - wirkt sich aus. Dafür wollen nun Sozialdemokraten den Preis erhöhen.
- Gleiches gilt für Heizöl.
- Beim Erdgas fühlt sich der unseren Argumenten Folgende geradezu auf den Arm genommen. Er hat für viel Geld ein Umsteigen vom Öl auf Erdgas durchgeführt. Jetzt holt die SPD ihn ein.

Hinzu kommt die ungelöste Logik des Vorschlages an sich. Käme es zu einer Erhöhung der Mineralölsteuer mit dem gewollten Spareffekt, bleiben die Gelder aus für das Beschäftigungsprogramm. Von einer "Abfederung" hört man innerhalb des Konzeptes aus dem Finanzministerium aber nichts.

Wenn es keine anderen Finanzierungsquellen geben würde, wäre ein solcher Vorschlag verständlicher. Da, wo eine Belastung nicht einmal "spürbar", geschweige "unerträglich" ist, findet die Politik Milliardenbeträge, die für ein Beschäftigungsprogramm dienen können. An Vorschlägen mangelt es nun wirklich nicht.

Die Arbeitnehmer erwarten von Sozialdemokraten jetzt sozial ausgewogenere Entscheidungen.

(-/29.1.1982/bgy/ca)

+ + +



Albrecht als Schloßherr und Biedermann

Wie der niedersächsische Ministerpräsident Steuergelder verschlängelt

Von Reinhard Scheibe MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Die Sache wäre lustig, wenn sie nicht so traurig wäre. Mit seiner kostspieligen Vorliebe für Schlösser und Herrensitze hat der niedersächsische Ministerpräsident erneut Schiffbruch erlitten - zu Lasten der Staatsfinanzen, zu Lasten der Steuerzahler und zu Lasten einer Fülle kleiner erhaltenswerter Gebäude und Denkmäler in unserem Land.

Das Jagdschloß Nienover im Solling ist der Mittelpunkt einer Kungelei zwischen mehr oder weniger zahlungskräftigen Privatleuten und der niedersächsischen Staatskanzlei.

Zur Erinnerung: Im Jahre 1979 geriet der damalige Eigentümer, ein Ölkaufmann aus Hannover, in finanzielle Bedrängnis. Die Unterhaltung des Schlosses wurde ihm zu teuer. Da sich kein anderer Käufer fand: Eine große Geste der Niedersächsischen Landesregierung - sie kaufte kurzerhand das Jagdschloßchen für 1,8 Millionen DM. Verwendung unklar.

Eine parlamentarische Debatte - angeregt von der SPD-Landtagsfraktion - sollte Licht in die Angelegenheit bringen. Der damalige Wissenschaftsminister Pestel wollte dem Parlament allen Ernstes klar machen, daß die 1,8 Millionen DM "aus überhaupt keinem Haushaltstitel bezahlt würden, sondern aus dem Grundstock des Finanzministers". Dies sind wohl keine Steuergelder?

Ein Teil des wertvollen Mobiliars wurde - so der Minister - "aus dem Schloß für die Zwecke der Landesregierung entfernt" (Schätzwert: rund 200.000 DM). Auch Ministerpräsident Albrecht verteidigte in dieser Parlamentsdebatte im Dezember 1979 den Kauf des Schlosses als Akt der Denkmalpflege. Die kostbaren Möbel, die er sich hatte reservieren und abtransportieren lassen, würden auf diese Weise - so der Landesherr wörtlich - "zumindest in einem begrenzten Maße auch für die Öffentlichkeit sichtbar werden".

Seitdem - seit Ende 1979 - suchte man einen Käufer. Mittlerweile verschwanden weitere wertvolle Einrichtungsgegenstände aus dem Schloß im Werte von 100.000 DM - diesmal durch Diebstahl von Unbekannten.

Anfang des Jahres 1981 eine stolze Meldung der Staatskanzlei: Ein Käufer war gefunden, ein gewisser Herr Biedermann aus Texas. Die Verkaufsverhandlungen seien "teilweise vom Ministerpräsidenten Albrecht persönlich geführt worden". Man durfte auf das Ergebnis gespannt sein.

Dieses Ergebnis - ein Veräußerungsvertrag des Landes Niedersachsen mit dem amerikanischen "Millionär" - wurde von Herrn Albrecht erneut gefeiert "als ein Beispiel erfolgreich praktizierter Denkmalpflege". Kostenpunkt: 1,4 Millionen DM, zahlbar in vier Jahresraten. Künftige Nutzung: "Schulungs- und Informationskurse für amerikanische und europäische Manager".

Erneut gab es heftige Kritik in der Öffentlichkeit, im niedersächsischen Landtag. Die SPD-Opposition warf dem Ministerpräsidenten leichtfertigen Umgang mit Steuergeldern vor. Für ein Liebhaberobjekt des Herrn Albrecht nehme man rund eine Million DM Verlust in Kauf, für eine Fülle von kleineren denkmalgeschützten Objekten - 140 stehen auf



einer Dringlichkeitsliste - gebe es keine müde Mark. Doch nicht nur mit Geld pflegt die Landesregierung in dieser Affäre einen lässigen Umgang - auch mit dem Parlament: Eine parlamentarische Anfrage zweier SPD-Abgeordneter vom Oktober 1981 mit detaillierten Nachfragen zu den Einzelheiten des An- und Verkaufs des Sollinger Schlösschens wurde einfach nicht beantwortet. Es bedurfte einer erneuten Anfrage nach den Gründen dieses plötzlichen Schweigens, um die Landesregierung zu einer schriftlichen / skunft zu veranlassen.

Mittlerweile hat sich jedoch herausgestellt, daß der Vertragspartner von Herrn Albrecht, Herr Harold G. Biedermann, 5554 North-Winchester, Fresno CA 93704, beide bislang fälligen Raten von jeweils 300.000 DM nicht gezahlt hat. Mittlerweile ist auch bekannt geworden, daß Herr Biedermann in Texas bereits Konkurs angemeldet hatte, daß das Export-Import-Unternehmen Contrade, dessen Präsident und Hauptteilhaber Biedermann war, seinen Gläubigern 770.000 Dollar schuldet. Zwei deutsche Unternehmen, mit denen Biedermann über den Import von Mineralwasser und Elektrogeräten in die USA verhandelt hatte, bekamen rechtzeitig Zweifel an der Seriosität ihres Verhandlungspartners und stiegen aus den Geschäften aus. Ein Mitarbeiter der Firma Stiebel-Eltron in Holzminden meinte dazu: "Der arbeitet mit Methoden, die 1932 in Chicago gepflegt wurden." Auf Nachfragen erklärte der niedersächsische Finanzminister Burkhard Ritz am 20. Januar 1982 in Hannover: "Ich gehe davon aus, daß sich die Landesregierung von der Seriosität des Herrn Biedermann vor dem Verkauf des Schlosses Nienover überzeugt hat." Herr Biedermann selbst war seit Anfang Dezember nicht zu erreichen - mit unbekanntem Ziel verreist. Ob er demnächst zahlen wird?

Und die Un-Moral von der Geschichte!:

Mit Schlössern hat der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht keine glückliche Hand. Sein Plan, das zerstörte Schloß Herrenhausen zu Repräsentationszwecken der Landesregierung wieder aufzubauen (Kostenpunkt rund 40 Millionen DM) scheiterte zum Glück am Protest der Öffentlichkeit. Das Jagdschloß Nienover verhöckerte Herr Albrecht an einen unseriösen, möglicherweise zahlungsunfähigen Geschäftsmann. Das Schloß steht immer noch an der gleichen Stelle, die Staatskasse ist jetzt schon um eine Millionen DM ärmer +. Nach den jüngsten Entwicklungen kann die Pleite nur noch größer werden. Den Schaden hat nicht nur der Steuerzahler, Schaden nimmt die niedersächsische Denkmalpflege.

Albrecht hat Glück, das er sich - derzeit - im Staatsdienst befindet. In der freien Wirtschaft oder in der Bundesliga wäre ein solcher Verhandlungskünstler längst gefeuert worden.

+ Verlustrechnung für Nienover:

Verlust zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis	400.000,-- DM
Verlust durch Diebstahl nach Erwerb durch die Landesregierung: (laut Auskunft der Landesregierung)	rund 99.000,-- DM
Unterhaltungskosten bis 31. Dezember 1981 (laut Auskunft der Landesregierung)	284.000,-- DM
Zinsverlust bei 1,8 Millionen DM über zwei Jahre (bei zehn Prozent p.a.)	mindestens 360.000,-- DM
	<u>1.143.000,-- DM</u>

(-/29.1.1982/ks/ca)



Falsche Sparsamkeit vermeiden!

Zur finanziellen Lage des Goethe-Instituts

Von Georg Schlaga MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion
Außerordentliches Mitglied des Goethe-Institut

Das Goethe-Institut ist eine weltweit tätige Einrichtung und dient im wesentlichen dazu, die deutsche Sprache im Ausland zu pflegen, im Ausland über das kulturelle und gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik Deutschland zu informieren. Es unterhält derzeit 114 Kulturinstitute und 19 Nebenstellen in insgesamt 66 Ländern der Erde. Die Aufgaben des Goethe-Instituts sind auf langfristige Wirkung hin angelegt und sind sehr anfällig gegenüber kurzfristigen Einsparungsüberlegungen. Die Bedeutung der Aufgabe spricht für sich selbst.

Die Bemühungen um die Konsolidierung des Bundeshaushalts sind freilich auch am Goethe-Institut nicht spurlos vorübergegangen, denn es hängt mit seinen Aktivitäten zu rund 90 Prozent von Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt durch das Auswärtige Amt ab. Dies hat zu einer realen Einschränkung der Aktivitäten führen müssen. Die Einschränkungen ergeben sich aus einigen Faktoren. Neben den verfügbaren Einsparungen handelt es sich dabei auch um die Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik, die in den zwei Jahren von 1979 bis 1981 etwas über zehn Prozent liegt. Hinzu kommen ferner noch die erheblich höher liegenden Preissteigerungsraten in allen Ländern, in denen das Goethe-Institut tätig ist, und schließlich die Entwicklung der Wechselkurse der D-Mark im Verhältnis zu den Währungen der übrigen Ländern. Das Zusammentreffen all dieser Faktoren hat sich für 1981 ungünstig in der Weise ausgewirkt, daß eine reale Minderung der im Ausland ausgegebenen D-Mark-Beträge von etwa ein Viertel eingetreten ist.

Dennoch ist die Situation nicht so dramatisch, daß etwa Institute vorübergehend oder ganz geschlossen werden mußten. Das war bisher nur möglich, weil alle Institute bei allen Ausgaben auf äußerste Sparsamkeit geachtet haben (Die Sparsamkeit darf allerdings auch gerade im Ausland nicht zu dem fatalen Eindruck führen, daß die Bundesrepublik Deutschland nunmehr am Hungertuche nage. Denn dies würde im Ausland trotz der derzeitigen weltweiten Wirtschaftslage niemand glauben). Ferner hat das Goethe-Institut sich bemüht, selbst mehr Einnahmen durch Sprachkurse oder durch Kulturprogramme zu erzielen.



Weiterhin gelang es, wegen der Qualität der angebotenen Programme auch in zunehmendem Maße ausländische Partner zu höheren eigenen Beiträgen zu veranlassen.

Aufgrund des Haushaltsplanentwurfes für 1982 ist mit einer Steigerung der Zuwendung an das Goethe-Institut aus dem Bundeshaushalt von insgesamt rund vier Prozent zu rechnen. Die derzeit gegebenen Schwierigkeiten werden zwar dadurch nicht beseitigt, aber es steht zu hoffen, - bei gleichbleibenden sonstigen Bedingungen - daß der internationale Dialog durch die deutschen Kulturinstitute weiterhin aufrechterhalten werden kann. Ich glaube jedoch nicht, daß es ohne Einschränkungen gehen wird. Sorgen bereiten am meisten die geplanten Stellenkürzungen, denn das Institut verfügt an keiner Stelle über personelle Polster.

Das Problem liegt zum Beispiel darin, daß in den Vereinigten Staaten aus außenkulturell-politischen Gründen weitere Kulturinstitute eingerichtet werden sollen. Dies kann nur durch die Verlagerung von Stellen aus den bisherigen Instituten erreicht werden. Kommen nun noch Stellenstreichungen hinzu, so wird die Aufrechterhaltung vieler bisheriger Kulturinstitute in Frage gestellt. Die Schließung von solchen Instituten bedeutet jedoch immer einen Verzicht auf eine in den vergangenen Jahrzehnten geleistete Investition von Ideen, menschlichen Beziehungen und auch Geld.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Schließung eines Kulturinstituts vom jeweiligen Gastlande immer zugleich als ein unfreundlicher politischer Akt interpretiert wird. Es bleibt zu hoffen, daß in den Haushaltsberatungen der Zukunft die für die internationale Stellung der Bundesrepublik Deutschland wichtige Institutionen in ihrer Bedeutung erkannt wird und wenigstens so ausgestattet wird, daß sie im bisherigen Umfang weiterwirken kann.

(-/29.1.1982/hi/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

